

II- 11976 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
dcs Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6036 IJ

1990-07-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Blünegger
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Ausstellung von Rezepten durch Krankenanstalten
und Fahrtkostenersatz

Wenn für einen Patienten im Krankenhaus direkt ein Rezept ausgestellt wird, so muß er dieses von einem Vertragsarzt des Krankenversicherungsträgers umschreiben lassen, bevor es in einer Apotheke eingelöst werden kann. Dies bewirkt einerseits eine Verzögerung der Behandlung mit dem verordneten Medikament und bürdet andererseits dem Kranken einen zusätzlichen Weg auf.

Ähnlich verhält sich die Situation beim Fahrtkostenersatz, wenn Personen, die gehunfähig sind und eine regelmäßige Therapie machen, für jede einzelne Fahrt um den Kostenersatz ansuchen müssen, obgleich die Behandlung kontinuierlich in gewissen Zeitabständen erfolgt.

Die unterfertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß die Patienten durch diese bürokratischen Erfordernisse unnötig belastet werden und die Ausstellung von Rezepten und der Fahrtkostenersatz auch weniger aufwendig erfolgen könnten. Sie richten daher an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Halten Sie die derzeitige Vorgangsweise bei der Ausstellung von Rezepten in Krankenanstalten und der Gewährung eines Fahrtkostenzuschusses für sachlich notwendig und den betroffenen Kranken zumutbar?

- 2) Werden Sie Maßnahmen setzen, um die Sozialversicherungsträger zu einer weniger bürokratischen und patientenfreundlicheren Regelung zu veranlassen?
- 3) Welche Unterschiede bestehen derzeit in den genannten Bereichen zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern?